

Rheinische Post vom 22.08.2015, S. 1

SPD: Pensionäre sollen für 2000 Euro pro Monat den Flüchtlingen helfen

Asylverfahren dauern bis zu sechs Monate. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann will sie durch den Einsatz von Beamten im Ruhestand beschleunigen. Wer mitmacht, soll 2000 Euro netto pro Monat bekommen.

VON MARTIN BEWERUNGE
UND THOMAS REISENER

DÜSSELDORF Ähnlich wie vor 25 Jahren, als Beamte im Ruhestand wieder aktiv wurden, um in den neuen Bundesländern mit ihrem Know-how beim Aufbau Ost zu helfen, könnten Pensionäre nun dazu beitragen, den enormen Personalbedarf bei der Bearbeitung von Asylanträgen zu decken. „Ruheständler haben damals einfach 2000 Mark im Monat netto bekommen, anrechnungsfrei, quasi als Aufwandsentschädigung. Wir sollten prüfen, ob wir diese Regelung übergangsweise wieder einführen können, damit wir endlich den Stau bei den Asylverfahren abarbeiten können“, sagte Oppermann im Interview mit unserer Zeitung. Einen entsprechenden Vorschlag habe er bereits gemacht. Das Angebot: „2000 Euro, wenn Ruheständler voll einsteigen.“

Der unbürokratische Plan geht laut Oppermann auf eine Idee von NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) zurück. Deren Aufruf an pensionierte Staatsdiener, bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme nach NRW mitzuhelfen, seien bislang rund 400 Ruhestandsbeamte gefolgt, bestätigte eine Sprecherin der Landesregierung gestern auf Anfrage. 220 davon sind ehemalige Polizeibeamte, zudem haben sich 130 pensionierte Lehrer gemeldet. Aus den Düsseldorfer Ministerien helfen weitere gut 100

Beschäftigte, die noch nicht im Ruhestand sind. „Die Hilfsbereitschaft ist enorm“, so die Sprecherin.

Auch Oppermann ist positiv überrascht: „Ich bekomme jeden Tag Mails von Ruhestandsbeamten, die sofort bereit sind anzufangen.“ Er selbst gehe von ein paar Hundert Leuten aus, die keine Einarbeitung brauchten und sofort loslegen könnten.

Nach Auskunft des NRW-Schulministeriums stellt das Land überdies im laufenden Jahr 310 zusätzliche Lehrer zur Verfügung. 300 Stellen davon werden ausschließlich mit Pädagogen besetzt, die Deutsch als Fremdsprache vermitteln können. 291 der 310 zusätzlichen Stellen sind bereits besetzt. Kosten: 14,2 Millionen Euro. An den NRW-Schulen mit offenem Ganztagsangebot werden 2600 zusätzliche Plätze für Flüchtlingskinder eingerichtet, 1300 davon haben die Kommunen bereits zum 1. Februar realisiert. Insgesamt können die Bezirksregierungen für die Beschulung von schulpflichtigen Flüchtlingskindern derzeit landesweit auf 3828 so genannte Integrationsstellen zurückgreifen.

Immer schärfer werden die Konflikte zwischen der Landesregierung und den Kommunen hinsichtlich der Lastenverteilung des Flüchtlingsstroms. Seit 20. Juli zieht das Land die Städte und Gemeinden auch zur Errichtung von Notunterkünften heran, für die das Land zuständig wäre. Dabei müssen die Kommunen neben ihren sonstigen Versorgungsverpflichtungen für Flüchtlinge nicht nur kurzfristig Turnhallen oder Schulgebäude als Unterbringungsmöglichkeit zur Verfügung stellen, sondern auch den Betrieb übernehmen. Der Fraktionsvize der CDU im Landtag, André Kuper, sieht „wachsende organisatorische, rechtliche und finanzielle Probleme bei diesem eher improvisierten als durchdachten Verfahren“.

Monatelanger Prozess soll abgekürzt werden

Beschleunigung Bund und Länder haben sich im Juni darauf verständigt, die oft monatelangen Asylverfahren insbesondere für Menschen aus Ländern mit geringer Aussicht auf Asyl zu beschleunigen. Dies betrifft vor allem die Balkanstaaten.

Sichere Herkunftsstaaten Union und SPD wollen den Kosovo, Albanien und Montenegro dazu erklären. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina sind es bereits.

Flüchtlingshilfe vor Schuldenbremse

VON MICHAEL BRÖCKER

Mehr Lehrer, mehr Beamte, die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften, der Umbau von Kasernen und Turnhallen, der Schutz der Asylbewerberheime. Und so weiter. Die Kosten für die bestmögliche Unterbringung von Flüchtlingen sind immens. In Nordrhein-Westfalen müssen dieses Jahr rund 200 000 Asylbewerber versorgt werden, so viele wie in ganz Frankreich.

Unabhängig davon, wie hoch der Anteil des Bundes an den Kosten für Asylbewerber künftig sein wird, muss die Landesregierung im Etat 2016 wohl 1,3 Milliarden Euro zusätzlich veranschlagen. Diese Last kann und muss das Land schultern. Abstriche an der Sicherheit oder der Qualität der Flüchtlingsversorgung darf es nicht geben.

Wenn diese Dynamik aber anhält und sich zugleich die konjunkturelle Lage eintrübt, könnte es rechtzeitig zum Landtagswahlkampf 2017 eine Debatte geben, ob die Schuldenbremse wegen der Flüchtlingskosten vorübergehend ausgesetzt werden darf. Die Antwort: ja, natürlich. Es steht sogar im Gesetz. Bei „außergewöhnlichen Notsituationen“ gilt die Schuldenregel nicht. Die Frage wird nur sein, ob ein Land nicht durch solide und nachhaltige Finanzpolitik für solche Ereignisse vorsorgen könnte.